

Die aktuellen hinteren Plätze im Kommunalwahlranking (Wuppertal 345; Solingen 296) zeigen auf, wie groß der Handlungsbedarf in beiden bergischen Städten ist.

Kommunalpolitik wirkt unmittelbar. Sie entscheidet mit darüber, ob sich ein Unternehmen ansiedelt, investiert – oder eben nicht. Und deshalb ist die Kommunalwahl am **14. September 2025** für uns als Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die folgenden 10 Forderungen stellen die Bergischen Unternehmer an die Kommunalpolitik:

### **1. Belastungsgrenze bei den Abgaben erreicht**

Für Investitionsentscheidungen von Unternehmen hat die Höhe der Steuerlast eine enorme Bedeutung. Wuppertal und Solingen müssen durch wettbewerbsfähige Gewerbesteuerhebesätze, maßvolle Grundsteuerhebesätze und den Verzicht auf zusätzliche kommunale Abgaben wie zum Beispiel Verpackungs- oder Bettensteuer die Standortattraktivität für Unternehmen sichern.

Gleichzeitig ist eine nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik möglichst ohne neue Schulden Voraussetzung für Zukunftsinvestitionen.

### **2. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen verbessert werden**

Abläufe müssen optimiert, transparenter gestaltet und Zuständigkeiten gebündelt werden.

Insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren brauchen klare Zuständigkeiten, medienbruchfreie Prozesse und pragmatische Entscheidungen – für mehr Tempo und weniger Bürokratie. Die Bearbeitungsfristen von 12 Monaten und mehr müssen halbiert werden. Hilfreich hierzu wäre die Einrichtung einer Bauberatung und einer Task-Force für Großprojekte.

Es sollten klare Spielregeln/Anforderungen an die Bauabnahme gestellt werden, damit sich die Bauherren darauf einstellen können, z. B.: Ist absolute Mängelfreiheit erforderlich? In welchen Fällen muss man eine vorzeitige Innutzugnahme beantragen?

### **3. Verwaltung muss digitaler werden**

Eine erfolgreiche Digitalisierung braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Ein flächendeckender Gigabit-Ausbau – insbesondere in Gewerbegebieten und ländlichen Räumen – ist Voraussetzung für digitale Geschäftsmodelle (Solvingen).

Wir fordern Erleichterungen der Zusammenarbeit durch Möglichkeit der digitalen Statusabfrage. Grundsätzlich müssen die Prozesse effizienter und digitaler aufgestellt werden.

### **4. Die Bergischen Städte müssen mobiler werden.**

Leistungsfähige Verkehrswege, gut getakteter ÖPNV, funktionierende Brücken und Parkmöglichkeiten, sowie sichere Fahrradwege sind zentrale Standortfaktoren – Arbeitsplätze müssen erreichbar sein, statt unzumutbaren Zeitverlust zu fördern.

Wuppertal und Solingen müssen Sanierung und Ausbau der Infrastruktur vorausschauend, effizient und koordiniert umsetzen, Sperrungen sind zu häufig.

Entscheidend sind zudem der zügige Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und eine gute Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Sperrungen erfolgen zu häufig und unkoordiniert.

#### **5. Bezahlbarer Wohnraum für die Mitarbeiter**

Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zu einem Standortfaktor für die Arbeits- und Fachkräftesicherung. Kommunen müssen Flächen mobilisieren, Genehmigungsverfahren beschleunigen und gezielte Wohnangebote für Azubis und Familien schaffen – statt investitionshemmender Regulierungen.

#### **6. Mehr Gewerbeflächen auch für die Industrieunternehmen**

Unternehmen brauchen Entwicklungsflächen: Eine betriebliche Neuansiedlung oder Erweiterung darf nicht an einer fehlenden Flächenplanung scheitern.

Wuppertal und Solingen müssen das Flächenangebot strategisch planen und weiterentwickeln, klimaresiliente Infrastruktur fördern und heimische Rohstoffgewinnung ermöglichen – für Versorgungssicherheit, kurze Wege und Standortstabilität.

#### **7. Die Beschäftigungsquote von Frauen muss erhöht werden**

Ein starkes Kita-System unterstützt frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist damit ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft – deshalb investiert der Bergische AGV der Metallindustrie in Kitas.

Wuppertal und Solingen müssen flächendeckend Betreuungsplätze ausbauen, flexible Modelle ermöglichen und Kooperationen effizient nutzen, dies gilt insbesondere auch für Ganztagsangebote an Schulen. Nur so kann die Beschäftigung von Frauen gefördert werden. Auch gilt es, rechtliche Spielräume etwa für die Betreuung in Randzeiten oder den Einsatz von Ergänzungskräften tatsächlich auszuschöpfen, um Verlässlichkeit zu gewährleisten.

#### **8. Die Unternehmen brauchen mehr Unterstützung bei der Fachkräftesicherung**

Als Träger der Grundsicherung muss es Ziel der Kommunen sein, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wir brauchen mehr Beschäftigung im Bergischen.

Hierfür braucht es konsequentes Fördern und Fordern, systematisches Profiling, den Abbau von Vermittlungshemmnissen und die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Kommunen müssen zuwandernde Fachkräfte aktiv unterstützen, die Bearbeitungsfristen beim Ausländeramt müssen verkürzt werden.

Wir fordern mehr Qualifizierung und Fachkräftesicherung durch Unterstützung des von uns angedachten **Bergischen Bildungscampus**.

#### **9. Wir brauchen mehr Interkommunale Zusammenarbeit im Bergischen**

Die Städte im Bergischen Städtedreieck müssen stärker kooperieren, etwa bei Digitalisierung, Infrastruktur oder Verwaltung. Interkommunale Zusammenarbeit ist die Zukunft und keine Notlösung. Gemeinsame Lösungen sparen Ressourcen, steigern Effizienz und erleichtern überregionale Nutzung für Bürger und Unternehmen.

#### **10. Kooperation mit der Wirtschaft**

Eine enge, lösungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wirtschaft ist zentral für erfolgreiche Standortentwicklung. Die Unternehmen bieten einen Bergischen Zukunftspakt Unternehmen/Stadt an.

Ein wirtschaftsfreundliches Mindset ist wichtig – die Zukunft muss gemeinsam mit den Unternehmen gestaltet werden, dann fließen Steuern automatisch.